

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Buchverlegers und Emaillefabrikanten August Edwin Becker in Breitenbrunn, alleinigen Inhabers der Firma: Edwin Becker in Breitenbrunn wird heute am 12. Februar 1895, nachmittags 7 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Der Friedensrichter Carl Ottomar Herberger in Johannegeorgenstadt wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 12. März 1895 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den 1. März 1895, vormittags 10 Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 21. März 1895, vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestehen der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. März 1895 Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Johannegeorgenstadt,

am 12. Februar 1895.

Aff. Born, S. R.

Bekannt gemacht: Exp. Richter, G. S.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die in gestriger Sitzung des Reichstags erfolgte zweite Beratung der von sozialdemokratischer und eisenacher Seite eingebrachten Anträge auf Aufhebung der dem Reichshofrat von Elsaß-Vorbringen übertragenen außerordentlichen Gewalt brachte keine neuen Momente.

Abg. Bueh (Soz.) bekräftigte kurz den sozialdemokratischen Antrag.

Abg. Rühl (Eisner) schien sich dagegen auf einen längeren Vortrag vorbeizusetzen zu haben; sein Pion fiel jedoch ins Wasser, da der Redner bei der Begründung des eisenacher Antrages sich allzulebte in Einzelheiten verlor, die weit vom Thema ablagen, und daher vom Präsidenten am Weiterreden verhindert werden mußte. Bei der Abstimmung wurden die beiden Anträge abermals abgelehnt, um ohne Zweifel im nächsten Jahre abermals wiederzukommen. So wird schon seit Jahren die kostbare Zeit mit ganz fruchtlosen Debatten über alte Lehnwörter vergeudet. Den freisinnigen Antrag über die Volksvertretung in den Bundesstaaten, der sich vornehmlich gegen Mecklenburg richtete, wurde heute nicht durch den Antragsteller bewirkt, sondern durch das allgewaltige Oberhaupt des Freisinn, Herrn Eugen Richter, selbst begründet. Richter schilderte die Zustände auf dem Landtage des Fürstentums Mecklenburg und nomnte die mecklenburgische Verfassung eine Zwangsmaßnahme, die dem mecklenburgischen Volke durch die frühere Reichsgewalt aufgezwungen worden sei. Wenn gegen die Einführung einer konstitutionellen Verfassung in Mecklenburg eingewendet werde, daß der Parlamentarismus heute im Niedergange begriffen sei, so könne man dem die Frage entgegenhalten: was sei denn im Aufgange begriffen? Etwas der Absolutismus? Dieser eigne sich nicht zur Führung einer stetigen Politik; ein absoluter Herrscher sei meist ein Spielball in den Händen seiner Hofmarschälle und Jagdgenossen.

Abg. Bebel (Soz.) sprach die Ansicht aus, daß eine Erweiterung der Kompetenz des Reiches eine innere Notwendigkeit sei. Das Allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht sei das beste Mittel gegen alle partikularistischen Bestrebungen; das habe schon Bismarck erkannt, als er die Verfassung des norddeutschen Bundes schuf. Geradezu ein Hohn auf dieses Wahlrecht sei das in Preußen gültige Dreiklassenwahlrecht.

Der Abg. Rettig hielt die mecklenburgische Verfassung in manchen Punkten der Reform für bedürftig, dagegen erklärte er, mit der ganzen konservativen Partei darin einig zu sein, daß sie die Erhaltung der ständischen Vertretungen wünschten und die Zuständigkeit des Reiches für die mecklenburgische Verfassungsreform ablehnten.

Abg. Weber hob hervor, daß der Reichstag so lange nicht zuständig sei, über derartige Anträge Beschluß zu fassen, als nicht der Art. 4 der Verfassung abgeändert sei; eine solche Aenderung hielt er aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen für nicht angezeigt.

Ramens der Nationalliberalen erklärt der Abg. v. Marquardt, daß sie dem Antrage des Abg. Bueh die Beitrittswürden, weil er nur eine alte nationalliberale Forderung enthalte, daß sie dagegen den anderen Anträgen ihre Zustimmung verweigern würden. Abg. Raud war der Meinung, daß der Reichstag lieber versuchen solle, die wirtschaftlichen Zustände in den Einzelstaaten zu beseitigen, als sich mit ihrer Verfassung zu beschäftigen.

Auch der konservative Abg. v. Frege vertrat die Ansicht, daß die Zeit dem Reichstage ernstere Aufgaben stelle, als Verfassungsfragen zu erörtern, die doch keinen Erfolg hätten. Auch er wollte, daß die Selbstständigkeit der Frau erhöht werde, glaubte dagegen, daß sie sich noch auf vielen anderen Gebieten nützlich machen könne, als auf dem der parlamentarischen Tätigkeit. Die gegen den Fürsten Bismarck von den Abgg. Richter und Bebel gerichteten Angriffe wies er mit Entrüstung zurück, indem er erklärte, daß wenn der Kaiser dem Bismarckdenkmal bei Stütze geben wolle: „Dem großen Kanzler“, er damit die Gesühle des deutschen Volkes ausgesprochen habe. Fürst Bismarck hat in der Tugend der Bundesfürsten die Bürgerschaft für die deutsche Einheit gesehen und der Reichstag habe nur diesem Beispiele zu folgen, um wieder seine Schuldigkeit zu thun. Ein Antrag auf Verweisung der Anträge an eine Kommission war nicht gestellt. Die nun folgende Abstimmung über den vom Abg. Raud gestellten Antrag wegen Neueinteilung der Wahlkreise ergab dessen Ablehnung. Heute wird die Etatsberatung fortgesetzt.

Berlin, 13. Februar. Die Reichstagskommission für die Novelle zur Gewerbeordnung nahm Artikel 1, betreffend die Konzession der Privatkaufmannschaften mit unerbedlichen Zusatzanträgen an. Im Laufe der Debatte betonte Staatsrat Dr. v. Westlicher, daß Diakonissenanstalten und von weiblichen Orden geleitete Anstalten nicht unter die Gewerbe-

ordnung fielen. Auf bereits bestehende finde die Novelle keine Anwendung.

Berlin, 13. Februar. Der „Post“ zufolge ist an Stelle des Hr. v. Stumm der Abg. Reichard als Mitglied der Umsturzkommission gewählt worden.

Der Kaiser soll in seinem Marine-Vortrage am Freitag Abend die Mitteilung gemacht haben, Krupp habe sich erboten, falls die bevorstehende Marine-Vorlage bewilligt werde, das Material zu den neu zu erbauenden Kriegsschiffen zum Selbstkostenpreise zu liefern. Diese Mitteilung wird von der „Hall. Ztg.“ bestätigt und zwar mit dem Zusatz, daß für das Anerbieten des Großindustriellen einerseits rein patriotische Motive maßgebend sind, andererseits aber auch der Wunsch, die Beschäftigung auf seinen Werken möglichst in vollem Umfange aufrecht zu erhalten. Die Lage der Deutschen Eisenindustrie sei gegenwärtig eine derartig deprimierte, daß umfangreiche Arbeiter-Entlassungen fast auf sämtlichen Werken bevorstehen und zum Teil bereits begonnen haben.

Oesterreich.

Wien, 13. Februar. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Buda-Pest, daß die friebliche Beilegung der zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien bestehenden Differenzen in der Accisenfrage nahe bevorstehend sei. In der letzten Sitzung der oesterreichisch-ungarischen Zollkonferenz seien diejenige Warengruppen besprochen worden, bei denen Oesterreich-Ungarn die vertragswidrige Auflage durchaus nicht zulassen könne, während gegen die Accise auf andere Waaren keine Einwände erhoben werden würden. Die Beschlässe der oesterreichischen und der ungarischen Regierung seien auf diplomatischem Wege in Sofia mitgeteilt worden.

Königsgrätz, 13. Febr. Der sogenannte Nachoder Anarchistenprozeß gegen den Fabrikarbeiter Georg Wolf aus Nachod und Genossen wurde gestern zu Ende geführt. Wolf, welcher beschuldigt war, seiner Zeit das Bombenattentat in der Rautner'schen Fabrik verübt zu haben, wurde deswegen, sowie wegen Geheimhandels zu 7 Jahren schweren Kerkers verurteilt; einer der Mitangeklagten, der Fabrikarbeiter Karl Glaser, erhielt 3 Wochen Arreststrafe. Die übrigen wurden freigesprochen.

Frankreich.

Paris, 13. Februar. In einem Duell zwischen Lieutenant Conrobert und dem Deputierten Hubbard wurde Letzterer an der Brust ziemlich schwer verwundet. Anlaß des Zweikampfes waren beschimpfende Äußerungen, die sich Hubbard über den verstorbenen Marschall Conrobert erlaubt hatte.

Marseille, 13. Februar. Der Dampfer „Stamboul“ traf von Kongo kommend mit dem Gouverneur von Kamerun, v. Zimmerer an Bord gestern nachmittags 4 Uhr hier ein.

Algier, 13. Februar. Brazza erklärte in einem Interview, der französisch-belgische Vertrag sichere Frankreich den Zugang zum Nilschale sowie den zukünftigen Besitz des Gebietes von Bor el Ghajal; er erachte es für leicht, das Congogebiet mit dem Sudan zu verbinden und die gegenwärtig dem muslimänischen Bekehrungsflusse unterworfenen Bevölkerung Darfours, die das Vordringen Brazzas gern gesehen habe, zu Frankreich herüberzuführen.

Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Rajunge vom 8. d. M. gemeldet wird, ist daselbst noch Alles ruhig. Die französische Streitmacht, welche die Stadt besetzt hält, hat bisher keinen Vormarsch landeinwärts gemacht. Die Hobas tödteten einen französischen Händler in Masakoo und nahmen in Marontara zwei französische Händler gefangen.

Rußland.

Petersburg, 13. Februar. Prinz Louis Napoleon, Oberlieutenant des Dragonerregiments Michail-Rowgorod, ist in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistungen zum Obersten befördert worden.

Türkei.

Die „Politische Korrespondenz“ ist von kompetenter türkischer Seite ermächtigt worden, die Meldung der „Daily News“ von der Einderufung einer beträchtlichen Anzahl von Reitertruppen durch Trabe des Sultans für unbedeutend zu erklären.

Japan.

Yokohama, 13. Februar. Nach den letzten Meldungen ist die Lage bei Wei-hai-wei jetzt folgende: Sämtliche chinesische Forts auf dem Festlande sind von den Japanern genommen, das Fort auf der Hsichin-Insel ist zum Schweigen gebracht. Die chinesischen Panzerschiffe „Ting-Yuen“ und „Lai-Yuen“ sowie die Kreuzer „Chin-Yuen“ und „Wei-Yuen“ sind zum Sinken gebracht, dreizehn chinesische Torpedoboote sind zerstört oder genommen worden. Ein japanisches Torpedoboot ist verloren, zwei andere sind dienstunfähig gemacht. Die übrigen chinesischen Kriegsschiffe, darunter das große Panzerschiff „Tsching-Yuen“, sowie die Forts auf der Insel Wulungtau befinden sich noch im Besitze der Chinesen.

Yokohama, 13. Februar. Eine amtliche Depesche des Kommandeurs der zweiten japanischen Armee giebt die Ver-

Königliche Gewerbe- und Zeichenschule Schneeberg.

Anmeldungen zur diesjährigen Aufnahme sind bei dem Unterzeichneten, Gewerbeschulhaus 1. Et. r., zu bewirken.

Schneeberg, den 11. Februar 1895.

Dir. Claus.

Die Sparkasse zu Johannegeorgenstadt

verzinst Einlagen mit 3 1/2 %.

Holzlicitation.

Samstag, den 23. Februar l. J. Vormittags 10 Uhr

gelangen im Gasthause zur „böhmischen Wälder“ in Goldenhöhe bei Rittersgrün die im Goldenhöhe und wollsbereger Forste aus der Winterfällung herrührenden:

3052 Stück 3, m langen Fichten und Tannenstöße,

3044 „ 4, „ „ „

249 „ 4, „ „ „

12654 „ 3, „ „ „

500 rm Brennholz diverser Sorten

unter den vor der Licitacion bekannt gegebenen Bedingungen zur öffentlichen mündlichen Versteigerung.

K. l. Forst- und Domänen-Verwaltung Joachimsthal,

3

am 11. Februar 1895.

luste vom 29. Januar bis 1. Februar auf 380 Tode (darunter 5 Offiziere) und 219 Verwundete (darunter Generalmajor Diera und 3 Offiziere) an. Der Verlust des Feindes belaufte sich auf 700 Tode.

Siroshima, 13. Februar. Eine amtliche Depesche des japanischen Seelapitans Nuroo an das Hauptquartier, datirt Wei-hai-wei, 12. Februar, berichtet: Ein chinesisches Kanonenboot mit weißer Flagge brachte die Mitteilung, Admiral Ting sei bereit, sich zu ergeben unter der Bedingung, daß das Leben der Offiziere und Mannschaften der chinesischen Schiffe, sowie der chinesischen Soldaten auf den Forts und der Ausländer garantiert werde. Die formelle Uebergabe solle später vereinbart werden.

Der japanische Korrespondent der „Köln. Ztg.“ berichtet, daß Japan, nachdem China die Friedensverhandlungen wieder aufgegeben habe, nicht eher ruhen werde, bis Peking eingenommen sei. Die Friedensbedingungen würden dann aber nicht so milde ausfallen. Wie verlautet, bestehen die Forderungen Japans gegenwärtig in der Oberherrschaft über Korea, Abtretung der Halbinsel Wulungtau mit Port Arthur in einer Kriegserlösbeteiligung von 200 Millionen Taels und eventuell in der Abtretung Formosas.

Aus Sachsen.

Dresden, 13. Februar. Se. Majestät der König stattete heute Mittag der Frau v. v. v. Staatsminister v. Thammel einen Kondolenzbesuch ab.

Aus Leipzig, 13. Febr. wird berichtet: Mit immer größerer Deutlichkeit tritt es zutage, daß das gestern hier auf dem Seidensackerey-Weisfeld verübte Attentat mit größtem Raffinement vorbereitet war und daß der verruchte Plan nur an der energischen Gegenwehr Lessen gescheitert ist, der als das Opfer ausersehen war. Ahnungslos gab der brave Bote Stephan, der im Jahre 1843 in Ehrenfriedersdorf l. S. geboren ist, den an „Julius Ackermann, Dresdenerstraße 20, III., bei Wechsler“ gerichteten gewissen angeblichen Selbstbrief, der aber nur Papierknitzel enthielt, an seine Adresse ab. Ein junger Kurier hat den Brief, näherzutreten. Kaum hatte er dieser Aufforderung Folge geleistet, als er auch schon angefallen, gewürgt und zwischen beiden Betten zu Boden gemworfen wurde. Gleichzeitig veruchte der Angreifer, dem Briefträger ein als Knebel getränktes Taschentuch in den Mund zu pressen. Dabei hat der Briefträger den einen Finger in die Fingergelbissen, denn der Knebel war von Blut durchtränkt. Während des Ringens wurde dem Kerker einen Streich um den Hals gezogen, worauf der andere Complice rief: „Zieh zu, sonst sind wir verloren!“ Schließlich gelang es dem Briefträger, sich zu befreien, an das Fenster zu eilen und um Hilfe zu rufen. Hierauf legten die Angreifer von ihrem Opfer ab und schlossen den Behauerswerthen ein — wenigstens souden die Herbeigeeilten die Thür verschlossen. Es steht nunmehr fest, daß die Thäter der Handarbeiter Albert Otto Werner und der Kellerer Karl Wilhelm Hermann Schmidt, beide 1875 in Leipzig geboren, sind. Beide sind voraussichtlich in die Gegend von Sachwitz und Pegau geflüchtet. Von Thonberg und Waghau sollen sie auf einem Fleischergeschirr gefahren sein. Da die Baarschaft der Weiden nur 1 M. 60 Pf. beträgt und da die herrschende Kälte den Aufenthalt im Freien unmöglich macht, hofft man die Stroche bald zu fassen.

Der Anwärter in der Güterexpedition des Bayerischen Bahnhofes Abbe in Leipzig, welcher am 4. Januar Morgens den Liebhaber seiner Frau, den ehemaligen Markthallenaußseher Heibel, niedergeschossen hat, ist vom Schwurgericht unter Annahme mildernder Umstände zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Ein Monat wurde durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet.

Aus Chemnitz 13. Februar schreibt man: Eine in der Jwidenworsstadt wohnhafte Logiswirtslerin vernahm heute Morgen in der achten Stunde aus der separaten, an einen 20 Jahre alten Kopisten vermieteten Stube Wimmern und Schmerznerschreie. Da die Frau auch die Thür von innen verschlossen fand, ahnte sie Unheilvolles und erlittete sofort auf der nächsten Polizeiwache Anzeige. Nachdem die Thür durch einen Schlosser geöffnet worden war, fand man den jungen Mann nebst einer 22 Jahre alten ledigen Fabrikarbeiterin aus Wittweiba, aus mehreren Stichwunden in der Brust blutend, aber noch lebend, vor. Offenbar haben Beide gemeinschaftlich in den Tod gehen wollen. Vermuthlich hat der junge Mann erst dem Mädchen, dann sich selbst mit einem scharfen Taschenmesser die Stiche in die Brust beigebracht. Der Mann hat außerdem noch, seiner Aeußerung nach, eine Quantität Phosphorsäure zu sich genommen, worauf ein Ueberrest in einem Trinfgefäß hinbeutete. Beide Schwerverletzte, von denen das Mädchen bewußtlos war, wurden in das Krankenhaus gebracht.

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung zu Schwarzenberg vom 13. Februar 1895.

Anwesend sämtliche Stadtverordnete und sämtliche Rathmitglieder. Der Herr Vorsitzende Wähler begrüßt vorerst den neu eingetretenen und zum 1. Male als Rathmit-